

# Correspondent.

Ersteit: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend früh 7/8 Uhr. Geschäftsstelle: Delstraße Nr. 5.

Wöchentliche Beilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis: Für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 20 Pfg. durch den Hermetiker. — 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 153.

Sonntag den 5. August.

1893.

## Haben die Einzelstaaten Ansprüche auf Reichssteuern?

Soweit die Miquel'schen Reichssteuerprojekte bisher bekannt sind, handelt es sich in der Hauptsache darum, durch Erhebung neuer indirekter Steuern in Höhe von mindestens 100 Millionen den Einzelstaaten Zuschüsse zuzuführen. Zunächst auf 5 oder 7 Jahre. Ist diese Frist abgelaufen, so steht dann ja nichts entgegen, die Operation zu wiederholen. Die Einzelstaaten, sagt man, sollen nach dem Programm des Fürsten Bismarck Kohlgänger des Reichs werden. Mit diesem Argument allein würde Fürst Bismarck im Jahre 1879 die Reform des Zolltarifs und der Salzfsteuer nicht durchgeführt haben. Die treibende Kraft war das Verlangen nach industriellen und landwirtschaftlichen Schutzzöllen, wie im Jahre 1887 bei der Reform der Branntweinbesteuerung das Verlangen der Brenner, durch die Steuerdifferenz von 20 Pfg., d. h. durch die Liebesgabe von 40 Mill. Mk. für die etwaige Verminderung des Branntweinconsums entschädigt zu werden. Inwiefern ähnliche Interessen auch in dem neuen Reichstage den Ausschlag zu Gunsten der Miquel'schen Steuerprojekte geben werden, wird sich erst zeigen, wenn man weiß, wie die 100 Millionen beschafft werden sollen. Die Sympathien, welche die agrarische Presse für Herrn Miquel an den Tag legt, lassen vermuten, daß sie auch dieses Mal auf ihre Kosten zu kommen hoffen. In solchen Dingen haben die Agrarier erfahrungsmäßig eine feine Witterung. Vorläufig operiert die Miquel'sche Presse mit allgemeinen Schlagworten. Die Zustimmung der Einzelstaaten soll durch einen jährlichen baaren Zuschuß von 70 Millionen Mk. erkauft werden. Im Jahre 1879, als die Bismarck'sche Steuerreform auf Kosten der arbeitenden Klassen einsetzte, betragen die Matrifularbeiträge 72 Millionen Mk. Im Etat des laufenden Jahres sind dieselben auf über 355 Millionen gestiegen. In den fünf Jahren 1889—1893 haben die Einzelstaaten 332 Millionen Mk. mehr erhalten, als sie an Matrifularbeiträgen bezahlt haben. Sollten in den weiteren Jahren die Herauszahlungen an die Einzelstaaten nicht ausreichen, die Matrifularbeiträge zu decken — von den Ausgaben der Militärvorlage natürlich abgesehen — so können sie sich darüber nicht beklagen; haben sie doch alle die Ausgaben erhöhungen, welche die Erträge der neuen Reichssteuern allmählich aufwiegen, im Bundesrat gebilligt und beim Reichstage bekräftigt. Sie ernten also nur, was sie gesät haben. Man hat neuerdings, als die Militärvorlage eingebracht wurde, die Vorherrschaft gebraucht, von vornherein festzustellen, daß die dadurch entstehenden Mehrausgaben nicht durch Erhöhung der Matrifularbeiträge, sondern durch neue Reichssteuern gedeckt werden. Damit sind wir einverstanden. Aber womit will man die Forderung rechtfertigen, daß nachträglich auch die Steigerung der Ausgaben während der letzten fünf Jahre durch neue Reichssteuern gedeckt werden, damit die Einzelstaaten wieder aus der Reichskasse schöpfen können. Dem widersprechen wir auf das bestimmteste. Will man eine getregelte und sparsame Finanzwirtschaft in den Einzelstaaten und im Reich, so muß man zu dem alten richtigen Grundfasse zurückkehren, daß da, wo Ausgaben beschloffen werden, auch für Einnahmen gesorgt werden muß. Aber, sagt man, die Einzelstaaten haben das Recht, zu verlangen, daß ihre Finanzpläne nicht von außen durch das Reich gestört werden. In den letzten fünf Jahren bestand die Störung ausschließlich darin, daß die Einzelstaaten über die im Reichsetat festgestellten Summen der Ueberweisungen hinaus bei der jährlichen Abrechnung große Summen erhielten, auf die sie dem Etat zufolge nicht rechnen konnten. Das ist ein Uebelstand ist, geben wir zu; aber dieser Uebelstand ist mit Rücksicht zu befeitigen. Selbst der gegenwärtige Staatssekretär im Reichshofamt, Frh. v. Maltahn-Gätz, hat das im Reichstage in aller Offenheit und Bestimmtheit eingeräumt. „Worin

frug er bei der Verabreichung der Steuergesetze im Reichstage, liegt im Wesentlichen die Schwankung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, unter denen namentlich das preussische Budget im letzten Jahre gelitten hat? Die liegt nicht etwa darin, daß die den Einnahmen entsprechenden Matrifularbeiträge und Ueberweisungsbeträge erheblich geschwankt hätten — im Gegenteil, hier zeigt sich eine ziemlich regelmäßige, dem allgemeinen Strömen der Ausgaben großer Staatsgebilde entsprechende Steigerung auf beiden Seiten — sondern diese Schwankung hat wesentlich darin ihren Grund, daß bei den Ueberweisungen aus der fogen. Clausula Francdenstein in einzelnen Jahren ganz ungemein hohe Beträge über den Etat hinaus ausgezahlt werden mußten. Der daraus entstehenden Schwierigkeit würde man beispielsweise ohne Steuererhebung sofort abhelfen können, wenn man beschloße, daß die Ueberweisungen an die Einzelstaaten sich innerhalb der etatsmäßigen Grenzen zu halten hätten und, was über die Erhöhung des Etat hinaus in den einzelnen Jahren einkomme, für Reichszwecke, vielleicht namentlich zur dem Reichstage vielfach gewünschten Schuldenreduktion Verwendung finden soll. Also ich möchte bitten, die Berücksichtigung, als ob im Befolge des jetzigen Steuerbucquets mit Nothwendigkeit ein neues kommen müsse, zu verbannen.“ Dieser, in seiner Weise durchaus correcte Vorschlag ist aber, wie es scheint, Herrn Miquel zu einfach; er will „ganze Arbeit“ machen und unter dem Vorwande, daß die einzelstaatlichen Finanzen durch die Reichsfinanzpolitik verwirrt würden, verlangt er nicht die Befreiung fester Ueberweisungen, sondern die Sicherung fester, hoher Ueberträge aus der Reichskasse. Das nennt man sonst Blumwähererei.

## Politische Ueberblick.

Die **Siamfrage** kam am Mittwoch im englischen Unterhause zur Erörterung. Der konservative Temple verlangte Namens der Opposition von der Regierung vollständige Auskunft über den französisch-siamesischen Konflikt, als bisher gegeben worden. Die Angelegenheit sei eine brennende Frage in England selber geworden; es mache sich der Eindruck geltend, daß die britische Diplomatie eine Schlappe erlitten habe. Siam sei sehr schlecht behandelt und die britischen Interessen nicht hinreichend gewahrt worden. Hoffentlich erweise sich dieser Eindruck als irrig. Die Regierung würde jedoch zeigen müssen, daß das auswärtige Amt das gethan habe, was England erwartete. Temple unterzog sodann das Vorgehen Frankreichs gegen Siam einer abschälligen Kritik. Er bräute die Hoffnung aus, die Regierung werde Schritte thun, um zu verhindern, daß Siam zu einem Vasallenstaate Frankreichs herabgewürdigt werde, wodurch Englands Interessen in empfindlicher Weise gefährdet gezogen werden dürften. In ähnlicher Weise äußerte sich der Deputirte Curzon, welcher die Ansicht aussprach, die französische Regierung habe sich gewaltthätige Eingriffe in die Unabhängigkeit Siams erlaubt, ungeachtet ihres Versprechens, dieselbe zu respektiren. Hätte Lord Rosebery Frankreich den Standpunkt eher klar gemacht, so wäre die Krise nicht so akut geworden. Eine weitere Demüthigung Siams dürfe England keineswegs dulden. Gegen diesen Angriff der Opposition verteidigte der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Grey, die Regierung. Derselbe sprach sein Bedauern darüber aus, daß einige Mitglieder der Opposition von der bisher bei der Erörterung der siamesischen Angelegenheiten beobachteten Haltung abgewichen seien und eine Kritik geübt hätten, die nicht geeignet sei, die gegenwärtigen Unterhandlungen mit Frankreich zu fördern. Sobald der Schriftwechsel dem Parlament vorgelegt sei, werde man sehen, daß die Regierung ebenso fest und nachdrücklich gehandelt habe, wie die früheren Regierungen. Nach dem Regierungsvortrater ergiff

ber Führer der Opposition, Balfour, das Wort, welcher dem Staatssekretär des Auswärtigen, Rosebery, vorwarf, er habe etwas zu ängstlich die Thatfache und gemacht, daß er den Streit zwischen Frankreich und Siam als gänzlich außerhalb der britischen Sphäre betrachte; England könne nicht mit völliger Gleichgültigkeit die Thatfache betrachten, daß Siam seiner Besitzungen beraubt werde; hoffentlich würde die Regierung nicht die großen Schwierigkeiten außer Acht lassen, die entstehen müssen, wenn schließlich Siam von einer fremden Macht aufgelesen werden sollte. Der Schatzkanzler Harcourt drückte darauf seine Besorgnis aus, die Debatte dürste die freundliche Regelung dieser Frage zwischen Frankreich und England erschweren, und empfahl, den Gegenstand fallen zu lassen, was dann auch geschah.

Claphone hat nach Beendigung der Einzelberathung der Homerule-Vorlage das Bedauern geäußert, die Vorlage der englischen Bevölkerung gegenüber in dem Punkte zu rechtfertigen, welcher am meisten Widerspruch auf englischer Seite gefunden hat und zweifellos auch den Engländern am unbeliebtesten ist. Das ist das Verbleiben der irischen Mitglieder im Reichsparlament. Am Mittwoch ist ein offenes Schreiben des englischen Premiers erschienen, welcher diese Bestimmung besonders rechtfertigt. Das Schreiben ist gerichtet an den Vorsitzenden des liberalen Vereins von Midlothian. Claphone giebt darin zu, daß dadurch gewisse Mißverhältnisse und Unbequemlichkeiten entstehen dürften, allein diese seien geringfügig im Vergleich mit den großen Zwecken der Homerule-Vorlage, deren hauptsächlichster sei, die Zufriedenheit des irischen Volkes und ein vernünftiges Maß von Glückseligkeit und Gedeihen zu sichern. Nach einem Hinweis auf die Behauptung der Opposition, daß die irischen Abgeordneten sich zu Gebietern des Hauses der Gemeinen und Schiedsrichtern in britischen Angelegenheiten machen würden, erinnert Claphone an das große Mandat der Torypartei im Jahre 1885, das durch die den irischen Abgeordneten gemachten Verbesserungen den Sitz der damaligen liberalen Regierung herbeiführte. Dieser in der Parlamentsgeschichte Englands ohne Beispiel dastehende Zwischenfall zeige, daß die schlimmsten Folgen, die jetzt von der irischen Einmischung in eine politische Krise befürchtet werden, unter den gegenwärtigen Verhältnissen eingetreten seien. Claphone drückt schließlich seine Ueberzeugung aus, daß unter den durch die Homerule-Vorlage auferlegten Bedingungen die aus einer etwaigen ungehörigen Einmischung Irlands in britische Angelegenheiten entstehenden Besorgnisse innerhalb billiger, vielleicht enger Grenzen gehalten werden dürften.

Eine **Pamir-Frage** taucht auch in diesem Jahre wieder am politischen Horizont auf. Die Londoner „Daily News“ will über Wien erfahren haben, daß die russische Regierung beschloß, von China Erklärungen wegen seiner Haltung am Pamir zu verlangen. Das Petersburger Kabinett sei beunruhigt durch die Zusammenziehung großer Truppenkörper in der Nachbarhaft der Pamirsteppen. Im Gegensatz dazu aber spricht ein noch im Pamir befindlicher englischer Forschungsreisender dem „Daily Chronicle“ gerade umgekehrt sein Bedauern aus, daß China sich in Kaschgar zu Gunsten Rußlands erkläre. China wird also anscheinend nur für England vorgezogen, das in seiner indischen Nordgrenze durch die Bestimmung des Pamirplateaus bedroht wird. Wie in Petersburg behauptet wird, bestimme kein Vertrag und kein offizieller Akt im Indusdialekt die Grenze von England, Indien, und Rußland sei entschlossen, ohne auf Proteste Großbritanniens zu achten, die Pamirfrage der Lösung zuzuführen. Die Grenzen, die Rußland beanspruche, seien folgende: Das rechte Ufer des Pamir bis zum Zusammenflusse des Wakhan-Darja und des Pamir, die den Pamir bilden; die Grenzlinie steigt sodann auf die Berge, den großen und den kleinen Pamir schneidend; in der Höhe von Sarhad senkt sie sich gegen Süden, überschreitet den Wakhan und geht bei

der Enge von Baroghil, von wo sie den Kamm des Hindukusch überschreitet, mit dem Passe von Karambar-Sar und nach dem Dumbasch-Bannir zurück, wo die künftige russisch-chinesische Grenze beginnen soll. In Sümpfen der russischen Garnisonen und um den Gegenden Schus gegen mögliche Ueberfahrungen zu versehen, sollen die Chane von Noshan und Schignan wieder in ihre Besigungen eingesetzt werden.

Die Aufstandsbewegung in Argentinien scheint zu Gunsten der Aufständigen auszugehen. Wie dem „Reut. Bur.“ aus Buenos-Ayres gemeldet wird, hat sich der Gouverneur von Santa Fé den Aufständigen ergeben. La Plata ist von den Kabisalen umzingelt. Man glaubt, daß der Gouverneur kapitulieren werde. In den Kämpfen bei Rosario sind gegen 100 Mann gefallen und etwa 300 Mann verwundet. Nach einer späteren Meldung setzte der Untergouverneur von Santa Fé den Widerstand gegen die Kabisalen fort. Der Präsident weigert sich, das Dekret zur Entlassung der Truppen zu unterzeichnen. Die Regierung von Santa Fé droht ebenfalls zu demissionieren. Der frühere Präsident Pellegrini ist von der argentinischen Regierung herbeigeführt worden. Auch aus den Provinzen Salta und Tucuman wird der Ausbruch der Revolution gemeldet. Angehts dieser Sachlage hat der Präsident des argentinischen Senats, General Roca erklärt, er trete von jeder politischen Thätigkeit zurück. Roca ist bekanntlich der Führer der Nationalpartei, gegen welche sich eigentlich die ganze Aufstandsbewegung richtet. Wenn Roca zurücktritt, so giebt er damit zu erkennen, daß er die Sache der Nationalisten für verloren halte.

Auch in Brasilien scheint die Aufstandsbewegung Erfolg haben zu sollen. Die Aufständigen in der Provinz Santa Catharina sind siegreich geblieben. Der Gouverneur hat am Dienstag die Residenz verlassen.

Nur aus Marokko werden von den „Journal des Debats“ gemeldet. Zugleich fordert das Blatt die französische Regierung auf, angesichts dieser Unruhen Maßregeln zu ergreifen. Vermuthlich handelt es sich nur um einen der gewöhnlichen Aufstände in der Umgegend von Marokko.

### Deutschland.

Berlin, 4. August. Der Kaiser verbrachte den Mittwoch am Bord des „Meteor“. Bei der Befahrung um den von dem Kaiser gestifteten Ehrenschild siegte die Yacht des Prinzen von Wales „Britannia“. Am Nachmittag inspizierte die Königin Viktoria die Kadetten des Kadetten-Schiffes „Graf“. Abends fand zu Ehren des Kaisers in Osborne ein Dinner statt, welchem auch die Königin beizuohnte. Gestern wohnte der Kaiser der Befahrung um den von ihm gestifteten Ehrenschild bei. Der „Meteor“ begleitete die Befahrung. Abends fand am Bord der „Hohenzollern“ zu Ehren des Prinzen und der Prinzessin von Wales ein Galadiner statt. — Der Kieler Ztg. zufolge wird der Kaiser am 8. d. M. in Kiel eintreffen, um am folgenden Tage mit der gesammten Flotte in See zu gehen und eine Flottenrevue abzuhalten. — Ein Besuch des deutschen Kaisers beim König von Dänemark auf Schloss Fredensborg und eine sich daran anschließende Zusammenkunft mit dem Zaren wird neuerdings wieder in allerhand Gerüchten angebeutet. Demgegenüber wird in Berlin erklärt, daß in vorliegenden Kreisen nichts davon bekannt ist, daß eine solche Einladung an den Kaiser ergangen und von diesem angenommen sei. — Angehts das deutsch-russische Zollkrieg würde eine solche Zusammenkunft auch ohnehin nicht anzunehmen sein.

(Zum Zollkrieg mit Russland.) Der § 2 der kaiserlichen Verordnung betreffend die Erhebung eines Zollzuschlags für aus Russland kommende Waaren vom 29. Juli lautet: Die Bestimmung des § 1 findet auf solche Waaren keine Anwendung, die vor dem Tage der Verkündung der gegenwärtigen Verordnung (31. Juli) die deutsche Grenze überschritten haben. Der „Reichsanzeiger“ bemerkt dazu, die Frage, ob weitergehende Maßnahmen zu ergreifen seien, sei im Schooße des Bundesraths sorgfältig erwogen, aber aus zwingenden Gründen verneint worden. Bei dieser Rechtslage sei es nicht möglich, zum Zeitpunkt, an welchem die betreffenden Kaufverträge abgeschlossen worden sind, eine entscheidende Bedeutung für die Bemessung des Zollzuschlags beizulegen. Mit anderen Worten: die dahingehenden Besuche einer großen Zahl von Handelskammern haben keine Aussicht auf Verlässlichkeit. Allerdings, sagt der „Reichsanzeiger“, hinzu, durch die kaiserliche Verordnung sei an der Befugnis des Bundesraths, aus Willkürerlässigkeiten in einzelnen, dazu geeigneten Fällen einen Zollzuschlag zu gewähren, nichts geändert: Aber auf eine so unsichere Aussicht hin wird so leicht Niemand ein Geschäft unter ungünstigen Bedingungen abschließen. Unter diesen Umständen entsteht die Frage, ob die in Betracht kommenden

deutschen Exporteure, welche vor dem 25. Juli, d. h. vor dem Bekanntwerden der Absicht Russlands, den Maximaltarif am 1. August in Kraft zu setzen, Kaufverträge über russisches Getreide und Holz abgeschlossen haben, an diese Verträge gebunden und darnach verpflichtet sind, ihrerseits den 50 prozentigen Zuschlagszoll zu tragen. Die „N. A. Z.“ drückt zustimmend eine Aulassung der „Köln. Ztg.“ ab, die dahin geht, daß das Eintreten des Zollkrieges als vis major anzusehen ist, d. h. daß mit dem Beginn des Zollkrieges die kaufmännischen Verträge dieser Art nichtig seien. Die Rechtsfrage, um die es sich hier handelt, kann natürlich nur durch das kompetente Gericht entschieden werden. Würde die Frage bejaht, so würden auch die russischen Importeure von deutschen Artikeln in ihrem Rechte sein, wenn sie die vor dem 31. Juli gemachten Bestellungen als hinfällig geworden behandeln. Jedenfalls würden die Opfer des Zollkrieges dadurch auf beiden Seiten verhältnismäßig werden, nur mit dem Unterschied, daß die deutsche Waare nicht die russischen Geschäftsleute schädigt, sondern die deutschen und umgekehrt. Es würde das den Zollkrieg ganz unnöthiger Weise verschärfen. Jedenfalls ist es bedauerlich, daß der „Reichsanzeiger“ es nicht für angezeigt hält, die „zwingenden Gründe“ mitzutheilen, welche den Bundesrath zu der Beschlußfassung in dieser Sache veranlaßt haben.

(Noch eine Verschärfung des Zollkrieges mit Russland.) Vom 2. d. M. ab erhebt Russland von den im Maximaltarif erhöhten Fabrikaten einen Zuschlag von 80 Prozent (anstatt 30), von den Halbfabrikaten und landwirthschaftlichen Producten einen Zuschlag von 70 Prozent (anstatt 20). Ferner erfahren die Positionen des Normaltarifs, welche nicht schon durch den Maximaltarif erhöht sind, einen Zuschlag von 50 Prozent (also auch deutsche Kohlen). Es ist das die Antwort Russlands auf die kaiserliche Verordnung wegen Erhebung eines 50 prozentigen Zuschlags zu den Sägen des Tarifs von 1879, welche der Reichsbürger „Regierungsbote“ schon vor einiger Zeit in Aussicht gestellt hat. Außerdem wird berichtet, daß seit Dienstag deutsche Schiffe in russischen Häfen sowohl beim Einlaufen wie beim Auslaufen 1 Rubel pro Last Hafengeld (bisher 10 Kopfen) zu entrichten haben.

Reichspost und Eisenbahnverwaltung. Im 8. Bande der „Sammlung national-ökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a/S.“, herausgegeben von Dr. Joh. Conrad, findet sich ein Aufsatz eines jungen Amerikaners Charles Henry Hull unter dem Titel: „Die deutsche Reichspost und Eisenbahnverwaltung“. Der Verfasser hat mit Hilfe höherer Beamten der Reichspost und Eisenbahnverwaltung das Verhältnis der Post zu den Eisenbahnen eingehend studirt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß für das Jahr 1889/90 die jährlichen Leistungen der Eisenbahnen für die Post für das Reichspostgebiet 19 576 059 Mark und die Vergütung des Anlagekapitals eingeordnet 28 974 792 M. betragen. Für Preußen sind die Zahlen 14 729 836 und 21 802 335 M. Dagegen hat die Post den preussischen Staatsbahnen nur gezahlt 3 859 091 M. Die Leistungen der Eisenbahnen für die Post belaufen sich also in Preußen auf 10,64 bez. 16,64, im Reich auf 14,37 bez. 21,37 Mill. M. Von diesen Kosten sollen 75 Prozent durch die unentgeltliche Beförderung der Posten im Gewicht bis zu 10 Kgr. entfallen. Herr Hull hat dann ausgerechnet, daß die Reichspost 11 Mill. M. zu wenig in die Reichskasse liefert und zwar lediglich insofern der bei der Postbeförderung eintretenden Ausfälle. Der Verfasser knüpft an diese Thatsache Erörterungen über die wirtschaftliche Bedeutung der Reichspost und über die Konkurrenz, welche dieselbe den Eisenbahnen macht. Auf der Grundlage dieser Prognose sieht er jetzt eine offiziöse Correspondenz, die sich durch ihren Eifer für die Miquel'sche Steuerreform auszeichnet hat, einen Angriff gegen die Reichspost und fordert nicht mehr und nicht weniger als eine Erhöhung des Paketposttarifs „zur sichern Fundamentierung der Reichsfinanzen.“ Es ist hier, schließt der Artikel, nur ein augenfälliges Beispiel herauszugreifen, um zu zeigen, daß auch in der Postverwaltung eine finanziell rentablere Wirtschaft sowohl möglich wie geboren ist. Wie die Dinge im Reich einmal liegen, wird man sich den Luxus, aus Kosten der Reichskasse dem Publikum Annehmlichkeiten über das Verkehrsbedürfnis hinaus zu bieten, nicht mehr gestatten dürfen.“ Excellenz Dr. Stephan Hülshaus zu präbigen, scheint uns überflüssig. Man nennt das sonst: Geld nach Althen tragen.

(Zur Vertheuerung der Postsendungen.) Der kürzlich vorgeschlagene, wird dem „Berl. Tagebl.“ geschrieben, die Postpakete theurer zu machen, weil durch ihre jetzige Billigkeit die Eisenbahneinnahmen geschmälert würden, lenkt die Aufmerksamkeit erst recht auf die unglücklichen Zustände unserer Eisenbahngedächtnisse. Nicht die Billigkeit der Postpakettarife schädigt die Einnahmen

der Eisenbahnverwaltung, sondern deren eigene selbstmörderische Kürzlichkeit. Wollte nur Herr Miquel einmal seinen Kollegen Thieren fragen, woher es denn komme, daß ein preussischer Epäpögen nur mit 2 Prozent seines Ledergewichts ausgedient wird! Herr Thieren würde natürlich wie die Antwort sehr verlegen sein, aber wir wollen den beiden Herren Ministern den wahren Grund sagen, den Jedermann aus dem reisenden Publikum eher kennt als sie. Die Eisenbahnverwaltung zwingt durch ihre unersorblichen Epäpötarife das Publikum, statt des bezahlten ausgegebenen Gepäcks sich mit Handgepäck zu begnügen oder seine Zulucht zu Postpaketen zu nehmen! Jede angefangene 10 Kilogramm Ueberfracht kosten auf den preussischen Staatsbahnen für je 1 Kilometer 1/2 Pf. Das ist theurer, als der Fahrpreis für einen Menschen in der dritten Klasse des Schnellzuges!“

(Reichstags-Nachwahl.) Ueber den Ausfall der am Mittwoch stattgefundenen Stichwahl im Wahlkreise Alsfeld-Kauterbach liegen abschließende Ziffern noch nicht vor. Insofern wird gemeldet, daß der antisemitische Candidat Windenbad mit wenigen Stimmen über den Nationalliberalen Bachhaus gesetzt habe. Die Antisemiten haben also den Wahlkreis behauptet. Wie die freikämmerlichen Wähler, die im ersten Wahlgange für Herrn Wilbrand-Bische (freis. Vereinigung) stimmten, in der Stichwahl sich verhalten haben, wird sich erst auf Grund des endgültigen Ergebnisses erkennen lassen. Die freis. Vereinigung besitzt zur Zeit in dem Wahlkreise keine Organisation. Der volksparteiliche „freikämmerliche Wahlverein“ in Alsfeld hat bekanntlich nur die Erklärung veröffentlicht, daß er bei der Stichwahl keinen der beiden Candidaten empfehlen könne, aber wünsche, daß kein freikämmerlicher Wähler einem antisemitischen Candidaten seine Stimme gebe. Hoffentlich ist wenigstens dieser Wunsch erfüllt worden.

(Colonialpolitik.) Ueber eine Seemannsbefreiung durch den deutschen Kreuzer „Schwalbe“ berichtet das „Deutsche Colonialblatt“ aus Dar-es-Salaam: „Von Sansibar aus war die Nachricht eingetroffen, daß das englische Kriegsschiff „Pblionel“ eine Dhuu aus Kwala, nicht weit vom Äquator entfernt, weggenommen hatte, die mit nicht weniger als 40 Seelen beladen war und daß 20 weitere Seelen in Kitanga festgehalten wurden. Am Vormittag des 5. Mai trafen die Schiffe an der Küstungsmündung ein und „Schwalbe“ erkannte gleich ihre Dampfmaschine unter Führung des Steuermanns Schuster zur Unterstützung des Dampfers „Mar“, auf dem sich der Compagnieführer Woldek mit 16 schwarzen Soldaten befand, nach der Zollstation Simba Uranga. Es gelang der Expedition, daß 10 Weibern krauswärts gelegene Kitanga so vollständig zu überreichen, daß die festgehaltenen Seelen ohne große Mühe befreit werden konnten. Nur einige von ihnen waren aus Furcht vor den weißen Männern im letzten Augenblicke davongelaufen. Am 9. Mai traf „Mar“, mit 12 befreiten Seelen, meist Frauen und Mädchen, sowie mit drei Gefangenen aus dem Dorfe und einer wegen Zollbestrafung beschlagnahmten Dhuu wieder bei der „Schwalbe“ ein. Leider ging die Dhuu bei dem überaus stürmischen Wetter unter, ohne daß in dessen Menschengelbe dabei zu beklagen waren. Am folgenden Tage konnten die gefangenen Seelen in Dar-es-Salaam ans Land gesetzt werden. — Eine Straffepetition des Freiherrn v. Manteuffel gegen drei widerspenstige Hülftlinge in Kwaru ru, welche die deutsche Herrschaft nicht anerkennen und sich verschiedener Missethaten schuldig gemacht hatten, berichtet im „Deutschen Colonialblatt“ Bezirksamtmann v. Rode, der an diesem Zuge theilnahm. Das Ergebnis war die Befreiung des einen Hülftlings, während die beiden anderen sich gültig fügten. In dem Berichte über die Kämpfe heißt es unter anderem: „Vor dem Dorfe zeigten sich eine Menge Leute, die unter großem Geschrei die Kriegstrommel schlugen. Auch fielen mehrere Schüsse von feindlicher Seite. Hierauf befehlet der Oberführer, das Dorf mit Granaten zu beschleichen. Nach dem vierten Schusse trat ein eigenthümlicher Zwischenfall ein. Die Truppe sowohl wie die Träger wurden von einem kolossalen Bienschwarzwurm überfallen und vollständig auseinander gesprengt. Erst eine Stunde später ungeschädigt war alles wieder so ziemlich beschaffen, nur Feldwebel Mittelstätt und ein Afari fehlten. Ebenso war das Geschütz nebst Patronenkasten auf dem Berge zertrümmert. Es wurde sofort eine Patrouille nach Feldwebel Mittelstätt ausgesandt und dieser total zerstoßen bei seinem Geschütz aufgefunden. Eine Stunde darauf, nachdem Mittelstätt sich wieder erholt hatte, wurde das Geschütz wieder aufgenommen und das Dorf erstürmt. Die Wirkung der Granaten hatte dem Feinde aber einen derartigen Schrecken eingejagt, daß das Dorf vollständig verlassen war. Da die Leute aus Furcht mit den Waffen in der Hand Widerstand geleistet und sich durch die Flucht ihrer Bestrafung entzogen hatten, so blieb als einzige Strafe nur das Zerstoßen ihres Dorfes übrig.“



**Elegante Sommer-Pferdedecken,**  
 complet mit Schürm und Lederzeug, empfiehlt in großer Auswahl zu allerbilligsten Preisen, das Stück von Mk. 4.— an.  
**Otto Dobkowitz,**  
 Merseburg. Mächeln.

**Sommer-Theater im Tivoli.**  
 Direction: Oscar Drescher.  
**Sonntag den 6. August 1893.**  
 Auf allgemeines Verlangen  
 zweite und letzte Aufführung.  
**Zwei glänzende Tage.**  
 Schwanz in 4 Akten von Plamenthal und Schönhan.  
 (Neuestes Revuestück sämtlicher Bühnen.)  
**Durchschlagender Vollerfolg.**  
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
 In Vorbereitung: **Papageno** und **Hanni weint, Hanni lacht.**

**Kaiser Wilhelmshallen-Theater.**  
**Sonnabend den 5. August.**  
 Zum zweiten Male:  
**Glühende Kohlen.**  
 Volksstück in 4 Akten.  
 Theaterzeitel werden für diese Vorstellung nicht angetragen.  
**Sonntag den 6. August.**  
**Nachmittags-Vorstellung für Kinder und Abendvorstellung.**  
 Ausstehende Billets gelten.  
 Die Direction.

**Freie Turnerische Vereinigung.**  
 Sonntag den 6. d. M. Partelle:  
**Schwenditz-Leutzsch.** Sammelplatz:  
 Waterloostraße früh 6 Uhr.

**Allgemeiner Turnverein.**  
 Die Turnstunde findet  
 Sonnabend den 5. August in  
 der Turnhalle statt. Sämtliche  
 Turner Jugendturner, sowie  
 die Männererzieher mühen 8<sup>1/2</sup> Uhr zur  
 Stelle sein.  
 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Heute Abend 8<sup>1/2</sup> Uhr Mitglieder-  
 Versammlung im Schützenhaus.  
 Vortrag von Godefr. Balentin aus Halle  
 Alle Holzarbeiter sind eingeladen.  
 Der Vorstand.

**Gasthof Kötzschchen.**  
 Sonntag den 6. d. M., von Nachmittag  
 3 Uhr ab, Tanzmusik. Auch findet zu be-  
 sonderer Zeit Cuten- u. Sängers-Ausstellungen  
 statt. Dem ladet freundlich ein **W. Wolf.**

**Ortskrankenkasse der Barbier, Böttger, Buchbinder und vereinigte Gewerke zu Merseburg.**  
 Da die Beiträge seit längerer Zeit ganz unregelmäßig einbehalten, so machen wir hierdurch bekannt, dass nach § 30 des Statuts die Beiträge bis am 1. Sonntag im Monat in der Restauration „Zur guten Quelle“, Nachmittag von 3—6 Uhr, an den dorthin anwesenden Kassensührer zu zahlen sind.  
 Der Vorstand.

**Melodia.**  
 Die nächste **Singstunde** findet **Sonnabend den 5. d. M.** statt und werden sämtliche aktiven Mitglieder dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen.  
 Der Vorstand.

Außerordentlich günstiger Gelegenheitskauf:  
**weiß Bettdamast,**  
 außerordentlich gute Qualität in voller Deckenbreite, das Meter 75 Pfennig,  
**ff. Garnitur-Damast,**  
 in großer Auswahl, sowie sämtliche Aussteuerartikel, Tisch-, Tafel- und Bettzeuge zu billigen Preisen.  
**Otto Dobkowitz,**  
 Merseburg. Mächeln.

**Presskohlensteine**  
 von Grube „Paul“—Lützenau,  
 anerkannt beste Marke, liefere ich jedes Quantum prompt und billigst.  
**Heinrich Schultze.**  
 Neu! **Glühstoff-Plättisen** Neu!  
 Glühstoff dazu, auch für Kohlenplättisen verwendbar, empfiehlt billigst  
**Emil Pursche, Neumarkt Nr. 11.**



**Wahre Wunderfinder**  
 erzieht man mit **Karl Koch's Nährzwieback.** Derselbe bildet den Kindern gelindestes Brot, parirt Krämpfe und löst die bei den Kindern vorkommenden (37324.)  
**Karl Koch's Nährzwieback**  
 regelt den Stuhlgang und verhindert Verdauungsstörungen; ist demnächst seines hohen Nährwertes auch die beste Speise für Wäckerler, Kranke, Krüppelnde und Retardierten. In Düten und Packeten an 10, 20, 30 und 60 Pf. bei  
**A. B. Sauerbrey.**

**Gänzlicher Ausverkauf.**  
 Wegen Geschäftsaufgabe werden sämtliche Ladenbestände in Schnittwaaren, als: **Famas, wollene und halbwollene Kleiderstoffe, Schürzen, Tücher etc. etc.,** unter Einkaufspreis abgegeben in der  
**Färberei von Karl Metzler,**  
 Preusserstrasse 17.  
 Die noch liegenden gefärbten Kleidungsstücke etc. bitte binnen vier Wochen abzuholen.



**Neue Sendungen in hochfeinen, doppelt-gereinigten und staubfreien**  
**Bettfedern und Daumens**  
 empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen, das Pfund von 45 Pfennig an.  
**Fertige Betten**  
 in sehr großer Auswahl und jeder Preislage, das Gebett, Unterbett, Decke und 2 Kissen, von 12.— Mk. an.  
**Otto Dobkowitz,**  
 Merseburg. Mächeln.

Ein großer Transport **neumilchende Kühe** mit den Kälbern ist bei mir zum Verkauf eingetroffen.  
**Otto Heilmann.**

**Rindfleisch-Verkauf**  
 bei **L. Nürnberger,**  
 Viehhändler.

**Königliches Bad Lauchstädt.**  
 Sonntag den 6. August 1893.  
 Nachmittag: **Großes Concert.** Anfang 3 Uhr.  
 Abends: **Ball im Kurfaal.** Anfang 8 Uhr.  
 Jeden Dienstag, Mittwoch und Freitag Nachmittag Concert.  
 Anfang 4 Uhr. **Max Schwarz,** Badestaurent.

**Getreidesäcke**  
 in Drell u. Leinen  
 infolge alter Abhängigkeit zu außerordentlich billigen, die heutige steigende Conjunction nicht berührenden Preisen.  
**Otto Dobkowitz,**  
 Merseburg. Mächeln.

**Knechte und Wägde**  
 erhalten jederzeit kostenfrei gute Stellen bei hohen Löhnen  
**Markenstraße 4, Albertstraße 4, 2 Treppen.**

**Gesucht**  
 zum 1. October oder früher wegen Schwächlichkeit des jugendlichen kräftigen, laubere, tüchtigen Mädchens für Küche und Haus. Wäsche ist nicht im Hause.  
**Gehimrath Becker,**  
 Güllesche Straße 16.

**Ein tüchtiger Bädergehilfe**  
 sucht zum 12. August **Neumarkt 48.**  
 Einem kräftigen, gewandten Jungen sucht als **Arbeitsburschen**  
**Otto Chwatal,** Karlsruh. 19.  
 Eine ordentliche Frau sucht noch einige **Wäschen.** Zu erfragen bei **Frau Wagner,** Gothastraße Nr. 15.  
 Ein **kräftiges Schulmädchen** wird gesucht  
**Dom Nr. 6.**

Einfaches, zuverlässiges, gelegtes Mädchen, erfahren in Küche und Hausarbeit, gegen Mitte September nach Auswärts gesucht. Güter Wohn u. gute Behandlung. Näheres i. d. Exp. d. Bl.  
 Eine **Auspartung** wird für den ganzen Tag per sofort gesucht. Näheres **Steinstraße 6, im Laden.**

Ein junges, unabhängiges Mädchen für Küche und Haus wird zum 1. Septbr. nach Wägebürg-Budau gesucht. Näheres **Wägebürgstraße 1.**

Ein ordentliches Mädchen, am liebsten von Auswärts, wird zum 1. September gesucht **Neumarkt 65.**  
 Ein ordentliches Mädchen von außerhalb zum 1. September gesucht **Neumarkt Nr. 9.**

Einige **Mädchen** zu Verfahr für Stadt und Land, sowie tüchtige **Größ- und Kleinfachere** finden Stellung durch **Gerhard Langrock,** Steinstraße 6.  
 Zu suche zum sofortigen Eintritt ein **Mädchen** vom Lande, mit guten Zeugnissen versehen. **Gerhard Langrock,** Steinstr. 6.  
 Details wird auch ein **Knecht** gesucht.

Wegen Erkrankung des jugendlichen Jungs ist zum 1. September oder 1. October ein nicht zu junges **Stenmädchen** gesucht.  
**Frau Dr. Kademecher,**  
 Weiße Mauer 13.

Ein tücht. **Mädchen** von auswärts mit sehr guten Zeugnissen sucht z. l. Et. Stellung für Küche und Hausarbeit in besserer Familie. Auf Bitte von: **Korff, Hofstr. 11, bitte unter Nr. 13. i. d. Exp. d. Bl. niederzulassen.**

**Sonnabend fidele Turnstunde!!!**  
 Das lustige Kleeblatt.  
**Bescheidene Anfrage.**  
 Kann der Kassier einer Ortskrankenkasse in 3 Stunden die Beiträge von circa 500 Mitglieder einfahren und buchen? Sollte eine Zahlungserfrist von 8 oder 14 Tagen nicht am Plage sein?  
**Ein Mitsied.**  
 Dem **D. W.** zu je nem heutigen Biersesseln ein dreimal domerdeses Poch, sah ganz Bl. wandelt und D. mit Vina in der Umbrum doppelt? . . . .

**Flug-Vadeanstalt**  
 im hies. königl. Schloßgarten.  
 Temperatur des Wassers am 4. d. M. 16° R.

Die Restbestände in **Baskoffen, Cattune, Zephyrs, Madapolames u. Mouffeline** werden zu bedeutend ermäßigten Preisen anverkauft.  
**Blaudruck, l.a. beste durchgefärbte Waare,** Meter 45 Pf., in heller Farbe, Meter 38 Pf.  
**Otto Dobkowitz,**  
 Merseburg. Mächeln.  
 Hierzu eine Beilage.

Deutschland.

(Zur Tabakfabriksteuer) schreibt die „Deutsche Tabak Zeitung“: „Man weiß jetzt, daß Herr v. Maltzan, wenn er von seinem Posten zurücktritt, dies thut, weil er daran schätzte, daß eine Steigerung der Belastung des Tabaks ohne Vernichtung zahlreicher Etablissements nur im Rahmen des jetzt bestehenden Gesetzes und ohne Steigerung des Schutzzollens ausführbar wäre, und weil er mit dieser Ansicht gegen Miquel, welcher die Fabriksteuer in Verbindung mit einer beträchtlichen Erhöhung des Schutzzollens durchzuführen gedenkt, nicht ankämpfen konnte. Wir zweifeln allerdings, ob es den Ueberredungskünften des Herrn Miquel selbst in diesem Reichstag gelingen wird, eine Mehrheit für die Fabriksteuer zu finden, selbst wenn er den Köder eines erhöhten Schutzzollens andeutet, aber wir können den Tabak-Interessenten nur rathen, die Gefahr nicht zu unterschätzen und sich rechtzeitig auf einen schweren Kampf vorzubereiten. Die Aussicht, daß dieser Kampf durch den Ausfall der Ministerkonferenz in Frankfurt a/M. unnötig werden wird, ist eine sehr geringe; die Finanzminister der Einzelstaaten haben die Vorfrage nicht, daß sie die Mehrkosten der Militärvorlage durch Materialerlöse aufbringen müssen und um dies zu vermeiden, werden sie gern den Vorschlägen für Reichsteuern zustimmen. Ueber die einschneidenden Wirkungen der Einführung der Fabriksteuer auf die Verhältnisse unserer Industrie macht man sich übrigens noch immer keine klare Vorstellung. Man spricht davon, daß der Tabak-Consum, je nach der Höhe der Steuer, um 20—30 pCt. abnehmen werde, man vergißt aber, daß unter allen Umständen, selbst wenn eine Abnahme der Steuerhöhe eingetreten wäre, die Hauptlast auf die billigen Cigaretten fällt und infolgedessen der Consum derselben ganz unverhältnißmäßig abnehmen wird. Es wird sich gerade nicht nur um den Ausfall in der Abnahme des Tabakconsums handeln, sondern es ist zu erwarten, daß die Käufer dieser billigen Cigaretten größtentheils zur Pfaffe zurückkehren werden. Da aber die Herstellung des Rauchtabaks weit weniger Arbeiter erfordert als die Cigarettenfabrikation, so wird sich die Verringerung der Arbeiter in unserer Branche nicht auf 20—30 pCt. beschränken, sondern sie kann leicht 50 pCt. und darüber erreichen. Ob sich die Beschäftigung mit leichtem Herzen dazu entschließen darf, 50—60 000 Arbeiter brotlos zu machen, das müssen wir den Beschäftigten überlassen. Wir hoffen, daß man sich dies rechtlich überlegen wird.“

(Zu dem Fall Woldamer) hat der Reichskanzler an den Reichstagsabgeordneten Weich in Nürnberg, der die Vertretung der Angelegenheit übernommen hatte, in einem Schreiben erklärt, daß er sofort nach dem Eintreffen der Nachricht von dem Tode des Premierlieutenants v. Woldamer aus Kamerun das Erforderliche angeordnet habe, um in erschöpfender Ergänzung des bereits vorliegenden Materials die vollste Klärung über das Schicksal des Gemannten und die Ursachen zu erhalten, durch welche die Katastrophe herbeigeführt worden ist. Am Schlusse der großen Enquete, die zwischen der Centralstelle und den beteiligten Persönlichkeiten liegen, werde aber der Winter heranrücken, ehe die wesentlichen Erhebungen gemacht sein werden. Inzwischen müsse er schon jetzt bemerken, daß nach Inhalt des von dem kaiserlichen Gouverneur im Auszug mitgetheilten Berichtes des Herrn v. Stetten nicht der geringste Zweifel darüber bestehen könne, daß Premierlieutenant von Woldamer und Zahlmeister Scobad im Gefecht gegen die Barongo den Heldentod gefunden haben.

Bollwirthschaftliches.

(Die Entwicklung der deutschen Hochseefischerei in der Nordsee sieht noch immer unter dem Zeichen des Dampfes. Die Zunahme der Fischdampfer hat im Jahre 1892 im Ganzen 21 betragen, der Rauehalt weist eine Erigerung von 14 469 auf 22 365 cbm aus. Im Ganzen laufen in der deutschen Nordseefischflotte seit dem 1. Jan. 1893 59 Dampfer, wovon 4 für Altona, 10 für Hamburg, 3 für Cranz, 38 für Bremerhaven-Greifemünde, 2 für Bremen, 1 für Embden und 1 für Lübeck eingesetzt sind. Die Zahl der Segelfahrzeuge ist von 403 auf 396, ihr Gesamtumfang von 33 622 auf 32 744 cbm herabgegangen. Der Durchschnittsertrag ist für das einzelne Jahrgang von 82 auf 83 cbm gestiegen.

(Die russische Antwortnote auf die österreichischen Vorschläge wegen Abschluß eines Handelsvertrages ist, Petersburger Blättern zufolge, im Wiener Ministerium des Auswärtigen eingegangen. Wie es dabei heißt, nehme die Angelegenheit einen günstigen Verlauf, und es werde noch im Laufe dieser Woche eine aus Vertretern der

beiden Mächte zusammengesetzte Zollconferenz eröffnet werden. — Man sieht, Oesterreich-Ungarn läßt sich nicht Zeit bis zum October.

(Zum österreichischen Futtermittelverbot. Dem „Wiener Fremdenblatt“ zufolge haben die Feinde der preussischen, bayerischen und badischen Regierung unternommen Schritte behufs nachträglicher Zulassung des Grenzaustritts von Futtermitteln, welche vor dem 20. Juli erfolgten, seine Ansicht auf Verdrüssigung, weil der Zweck des Ausfuhrverbots durch Freigabe so beträchtlicher Futtermengen illusorisch würde.

(Zur englischen Bergarbeiterbewegung. Der Londoner Zeitung „Sun“ zufolge wird in der Woche ein internationales Comité von Bergleuten in London zusammenzutreten, um festzustellen, ob die Bergarbeiter des Continents angeschlossen der englischen Bergarbeiterstreiks die englischen Bergleute unterstützen oder sich nur weigern sollen, Kohlen nach England zu versenden. Der Vorsitzende des Bergmanns-Vereins Picard behauptet, daß aus Deutschland bereits die Zustimmung eingetroffen sei, die Bergarbeiter würden die Kohlenverladung nach England verweigern. — Für die letztere Meinung bleibt die Befähigung abzuwarten.

Provinz und Umgegend.

g. Halle, 3. August. Die großen Niederschläge in den letzten Tagen haben dem bereits abgemähten, auf dem Felde zum Trocknen lagernden Getreide, namentlich Weizen und Gerste, durch starken Auswuchs großen Schaden zugefügt. Die älteren Landwirthe können sich an einen derartigen großen Auswuchs nicht erinnern.

g. Halle, 3. August. Das Lehmann'sche Gut in Neusen bei Halle, Straße Halle-Deitzsch, 404 Morgen groß, hat jetzt Herr Unterdorff Richter aus Niederlobbau für 440 000 Mk. käuflich erworben.

† Weiskensfeld, 2. Aug. Durch unachtsamen Umgang mit einem Feuerretortener (Schwämmer) ist dem Inhaber der Restauration zur „Stadt Leipzig“ hier selbst der Verlust eines werthvollen Pferdes zugefügt worden. Dasselbe fand abgestürzt vor einem Wagen, als ein Gast aus dem Restaurant, vor welchem das Gefährte hielt, heraustrat und einen Schwämmer angriff. Das Pferd wurde sehr sprang zur Seite und stieß sich die Dietschel hierbei so tief in die Brust, daß es getödtet werden mußte.

† Weiskensfeld, 3. Aug. Auf dem Bahnhofe Corbetta entspann seinen Führer, einem Unteroffizier, der Deferteur Victor Antoniewicz aus Wojciechowo und entkam. — Zu der heutigen Neuverpachtung der hiesigen Bahnhofs- und Wirtschaft hatten sich 68 Bewerber gemeldet, welche Gebote zwischen 7000 und 18300 Mk. abgegeben hatten. Die bisherige Pachtsomme betrug 8000 Mk.

† Jörbig, 3. Aug. Die Gespann des Arbeiters R. hier selbst verließ gestern nur auf wenige Minuten ihre Gehege; bei ihrer Rückkehr fand sie ihr zweijähriges Kind in einem mit Regenwasser gefüllten Faße im Hofe leblos vor. Das Kind hatte, wie die S.-Ztg. berichtet, jedenfalls im Wasser gespielt, war über den Rand gefallen und ertrunken.

† Eisleben, 2. Aug. Die von der Mansfelder Gewerkschaft vorgelegten Projekte zum Auspumpen des Salzigen Sees bei Oberblöbblingen und zur künftigen Ableitung der gegenwärtig in diesen See einfließenden Gewässer, sowie für die Versorgung der Dörfer am Salzigen See, der Zuckerfabriken Erdborn und Langenbogen und der Paraffin-Fabrik von Bunge & Coire mit Trinolin und Kuzinasser, liegen bis Sonnabend den 5. d. zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden im Geschäftszimmer des königl. Landraths hier aus. Einwendungen können von Interessenten während dieser Zeit schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden. Die Einwohner der an dem See gelegenen Gemeinden werden aufgefordert, ihre Einwendungen durch den Gemeindevorsteher ihres Wohnortes oder dessen Stellvertreter, oder einen Abgesandten in einem auf Montag den 7. d. in Oberblöbblingen in Aussicht genommenen Termine vor dem Commissar des Herrn Regierungs-Präsidenten geltend zu machen.

† Naumburg, 3. Aug. Der frühere langjährige Oberförster der Landesforst Worna, Adolt von Chamisso, ist am Dienstag hier selbst im hohen Alter verstorben. Der Dahingefordene, der bis Döbern d. S. seinem Berufe oblag, war der älteste Sohn des Dichters Alabert v. Chamisso und ein Bruder des Berliner Medizinalraths Prof. Dr. Hermann v. Chamisso, der am 24. Februar 1886 durch einen frühzeitigen Tod abgerufen wurde. Von den Kindern Alabert v. Chamisso's leben zur Zeit nur noch eine Tochter und ein Sohn, der Oberst von Chamisso in Kosen.

† Hersfeld, 3. Aug. Eine gräßliche Blut-

that hat sich nach der S.-Ztg. gestern Abend in dem Dorfe Friedlos zugetragen. Der Bahnarbeiter Sommer geriet mit seinem Schwager, dem 21 Jahre alten Johann Bollmer wegen geringfügiger Dinge in Streit. Schließlich gerieten die Schwäger hart aneinander, Sommer griff zum Messer und versetzte seinem Schwager damit einen solchen wuchtigen Stoß in die Lunge, daß der junge Mann noch in der Nacht im Landkrankenhaus zu Hersfeld verstarb. Der Thäter wurde sofort in Haft genommen und ist gefänglich.

† Altenburg, 1. Aug. Nächsten Donnerstag wird hier im Lande das vierzigjährige Regimentsjubiläum des Herzogs Ernst festlich begangen. † In der Nacht zum Montag stieß der Kreisförster in Pansfelde a. Harz bei seinem Rundgange auf einen Wildbich. Es entspann sich ein heftiger Zweikampf, in dem sich das Gewehr des Jägers entlud und der Schuß den Wilderer tödtlich ver wundete. Auf einen Riß des Wilderers kamen sofort zwei sich im Bezirk aufhaltende Gefährten herbei und schlugen auf den Jäger ein, doch gelang es diesen, nachdem ihm bereits sein eigenes Gewehr zertrümmert, die zwei Wilderer in die Flucht zu schlagen. Als dann zwei Jäger und Forsthauer den Gefallenen aus dem Walde abholen wollten, war er von seinen Genossen schon in Sicherheit gebracht. Wie die S.-Ztg. meldet, ist man den Thätern auf der Spur.

† Aus den Erträgen der Getreide- und Viehzölle für 1892/93 entfallen auf die Provinz Sachsen 3 621 063 Mk. Der auf Preußen entfallende Gesamtbeitrag beträgt auf 51 770 737 Mk., wovon nach Abzug des der Staatskasse verbleibenden Betrages von 15 000 000 Mk. 36 770 737 Mk. zur Ueberweisung an die Communalverbände verbleiben.

† Die Herren Gebr. Dippe in Duedlinburg bezeichnen die dieser Tage gebrachte Nachricht, die Firma Gebr. Dippe habe das Rathenun'sche Kloster-gut Althaldensleben käuflich erworben, als unzutreffend.

Localnachrichten.

Merseburg, den 5. August 1893.

\*\* Die in diesem Jahre zur Ersatzreserve ausgehobenen Mannschaften sollten, wie von amtlicher Seite mitgetheilt wird, nicht mehr zu Uebungen herangezogen werden. Da bei der diesjährigen Aushebung der Rekrutenbedarf für das nächste Heer auch trotz der Verfertigung vollständig gedeckt ist, so werden die Ersatzreserven in Friedenszeiten von Uebungen jedenfalls verschont bleiben. Ueber die spätere Verwendung oder Zuteilung zur Landwehr zweiten Aufgebots oder Landsturm sollen demnächst nähere Bestimmungen erlassen werden.

\*\* Die Landwehr-Bezirks-Commandos sind vom Kriegsminister angewiesen worden, ihre Gesuche um Vollstreckung der gegen Mannschaften des Beurlaubtenstandes wegen unterlassener An- und Abmelbung zu verhängenden Strafen unmittelbar an die Civilbehörde des Aufenthaltsortes der in Strafe Genommenen zu richten. Die Civilpolizeibehörden haben die verhängten Geldstrafen an die Landwehr-Bezirks-Commandos abzuführen, die Kosten aber, die durch Vollstreckung der Haftstrafen für unterlassene An- und Abmelbungen der Mannschaften des Beurlaubtenstandes erwachsen, vierteljährlich bei den betreffenden Standämtern einzureichen nebst der Urchrift oder einer beglaubigten Abschrift des vom Landwehr-Bezirks-Commando ausgegangenen Gesuchs.

\*\* Elektrische Signaleinrichtung für Zugabfahrtsmeldungen. Nachdem durch die neue Verkehrordnung auf den preussischen Staatsbahnen die Signale mit der Bahnsteiggleise fortgefallen sind, steht die Einführung einer elektrischen Signaleinrichtung für Zugabfahrtsmeldungen bevor, wodurch das oft überhört Abrufen in den Wartisfen erübrigt wird. Die Neuerung besteht aus einem eisernen Schränkchen, über dem sich eine elektrische Uhr befindet. Unterhalb der letzteren wird die jeweilige Fahrtrichtung zugleich mit der Abfahrtszeit des nächsten Zuges sichtbar und 15 Minuten vor Abgang desselben werden in Zwiischentäumen von 5 Minuten drei Glockentöne gegeben. Fahrplanänderungen werden durch Einstellen entsprechender Tafeln angezeigt. Die Signale werden vom Stations-Telegraphenbureau mittelst eines Relais-inductors gegeben, der die Ströme durch elektrische Leitungen gleichzeitig zu sämtlichen Apparaten sendet.

\*\* Das Ausspielen geringfügiger beweglicher Gegenstände beim Kaufhandeln ist nach einer Entscheidung des Handelsministers als eine Modalität des Warenverkaufs anzusehen und unterliegt daher den Bestimmungen über die Sonntagruhe im Handelsgewerbe.

**\*\* (Livoli-Theater.)** Es scheint wirklich, als sollte unser Meßburger Publikum wieder recht theaterfreundlich werden. Früher besaß es diesen Ruf ganz entschieden, seit vielen Jahren aber schon hat sich derselbe in das gerade Gegenüber verkehrt. Die Ursache davon lag keineswegs allein in geringwertigen Darbietungen, in dem Auftreten von weniger als mittelmäßigen Kräften. Wir haben sehr tüchtige Gesellschaften und renommierte Künstler hier gesehen, und sie mußten vor leeren Häusern spielen. Der häufige Besuch verächtlicherer dann freilich auch des Theaters, so daß wir von Schwestern der niedrigsten Art leider nicht verschont geblieben sind. Die Direction Drescher leistet anerkannt Vorzügliches, im Einzelnen und was höher anzuschlagen ist, im Ganzen. Trotzdem kann der äußere Erfolg derselben nach den gemachten Erfahrungen überraschen, wenn man nicht zugleich an eine Wandlung in den Neigungen des Publikums denken darf. Brachte die Montags-Vorstellung einen fast überfüllten Saal, so zeigte sich am Donnerstag der Garten bis an die Columnaten hin dicht besetzt. Der Wunsch, die Novität „Zwei glückliche Tage“ kennen zu lernen, war offenbar ein sehr lebhafter, und wir können mit Vergnügen konstatieren, daß die gegebenen Erwartungen nicht getäuscht worden sind. Das Stück ist in der Hauptstadt entstanden und hat hauptsächlich Verhältnisse im Auge, aber ein Berliner Erzeugniß wie dieses lassen wir uns gern gefallen, denn es widerspricht durchaus nicht dem Geschmack des Provinzlers und steht beispielsweise hoch über „Unsern Don Juans“. Die Aufführung dürfte als eine musterhafte gelten, wenigstens hat sie uns von Anfang bis zu Ende in besonderer Maße bezaubert und manches aufrichtige Bravo abgelenkt. Von den ohne Ausnahme trefflichen Leistungen wollen wir hier nur zwei erwähnen, weil sie die anderen immerhin noch um ein gutes Theil überragen: den in seiner ungeheuren Natürlichkeit und Frische höchst sympathischen „Joseph Freisinger“ des Herrn Drescher und den prächtig aufgefaßten, mit Liebe und Sorgfalt einstudierten und wahrhaft köstlich wiedergegebenen „Onkel Rüttgen“ des Herrn Koch.

**\*\* Zwischen Wechselhaber und Acceptor** wird oft eine Vereinbarung dahin getroffen, daß der nicht eingelöste Wechsel keine Geltung mehr haben und der Acceptor den Betrag je nachdem in einer gewissen Frist oder ratenweise zahlen solle. Klagt nun aber der Wechselhaber einen solchen Wechsel trotzdem ein, so ist er nach einer kürzlich ergangenen Entscheidung des Reichsgerichts (IV. Strafsenat) wegen Betrugs bezw. Betrugsversuchs zu bestrafen. In den meisten derartigen Fällen glaubt der Wechselhaber seine strafbare Handlung zu begehen, wenn er den Wechsel einlegt, da der Schuldner den vereinbarten Zahlungsbedingungen nicht nachgekommen ist.

**\*\* Bezüglich der mit Wind oder unregelmäßiger Wasserkraft arbeitenden Betriebe** sind seitens der preussischen Minister für Handel und Gewerbe sowie des Innern Erhebungen angestellt, welche mit der bevorstehenden Einführung der Sonntagsgesetze für Industrie und Handwerk auf Grund der Novelle zur Gewerbeordnung im Zusammenhang stehen. Es können bekanntlich nach § 105a der Gewerbeordnung für Betriebe, die ausschließlich oder vorwiegend mit durch Wind oder unregelmäßige Wasserkraft betriebenen Triebkräften arbeiten, Ausnahmen von der Sonntagsgesetze zugelassen werden. Wie verlautet, sollen thunlichst Grundzüge aufgestellt werden, die eine einigermaßen gleichmäßige Handhabung der Ausnahmsbestimmungen sichern. Bei der Festsetzung der Ausnahmsbestimmungen wird man streng das Bestreben haben, Ausfälle der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit, die durch Verlagen der Triebkraft verursacht worden sind, auszugleichen, ohne jedoch Ausnahmen zu ermöglichen, welche über das übliche Maß von jonn- und feiertäglicher Beschäftigung hinaus Sonntagsgesetze zulassen.

**\*\* In einer der letzten Nächte** ist aus dem Garten des Grundstücks Neumarkt Nr. 41 eine Partie Wäsche, welche zum Trocknen aufgehängt war, gestohlen worden. Als Diebe hat man die Schulden S. und K. aus dem benachbarten Venenien ermittelt und dürfte deren Verstrafung nicht lange auf sich warten lassen.

**\*\* Rote Hände** haben in der gestrigen Nacht im vorderen Theile der Raughäuser Straße einen jungen, kräftig geübten Dieb daum, der die ersten Früchte trägt, umgeknickt. Hoffentlich gelingt es, den Frevler zu ermitteln und der wohlverdienten Strafe zuzuführen.

**\*\* Galzifisterei** in Elmarsfelden couren seit einiger Zeit wieder in unserer Nachbarschaft Leipzig. Dieselben sind schlecht hergestellt und insbesondere an ihrem bleichen Glanze zu erkennen. Sie tragen das Münzzeichen C und die Jahreszahl 1875. Hervorgeht sind sie aus einer Zinnmalle.

Da man ohne Frage demnach versuchen wird, diese Falschfälle auch in Merseburg umzusetzen, so warnen wir hierdurch ausdrücklich vor denselben!

**\*\* Eine kleine Verkehrsstörung** entstand gestern Nachmittag an der bräuharten Ecke der Lupschen Bierhalle dadurch, daß ein hiesiger Geschäftsführer, der einen Bauaufnahme nach der Schneidemühle fuhr, den Bogen von der Oberburgstraße her zu kurz nahm und mit den Hinterrädern an dem Pfeilerhaken hängen blieb. Nachdem man durch eine Winde den festgerannten Theil des Wagens frei gemacht, konnte die Fahrt fortgesetzt werden.

**\*\* Wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses** wurde dieser Tage von der Ferien-Strafkammer des Landgerichts in Sietlin als Berufsungsinstanz ein Dauernhäftiger aus Bränden zu einer Geldstrafe verurtheilt, weil er als Mitglied der Censur-Untersuchungs-Commission aus den Verhandlungen Mittheilungen an andere Personen gemacht hatte. Sowie das Schöffengericht wie die Strafkammer hätten auf Freisprechung erkannt. Das Reichsgericht hatte die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor die Strafkammer verwiesen.

**Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.**

§ Vor der Strafkammer des halleischen Landgerichts stand am 1. d. M. der Schärer Karl Friedrich Faust aus Köffen. Derselbe hatte sich am 8. April d. J. in einer ziemlich unqualifizirbaren Weise am Grabe seiner Mutter vergangen. Er wurde beschuldigt, derselben beschimpfenden Unflath verübt zu haben, indem er an jenem Tage vom Grabe seiner Mutter einen von seiner Schwester daraufgelegten künstlichen Kranz und einen Blumentopf (natürliche Schlüsselblumen) weggenommen und in die Schuttgrube auf dem Friedhofe, in welche die verwelkten Kränze versenkt worden, geworfen hatte. Er ist gesundig, jene Gegenstände besitzig zu haben, um das Grab mit Epheu zu schmücken, wozu er von seinem Vater Auftrag erhalten habe. Aus diesem Grunde haben die übrigen Gegenstände vom Grabe entfernt werden müssen. Es wird dem Angeklagten seitens des Gerichtshofes vorgehalten, daß er mit seiner in Merseburg wohnenden Schwester, Frau Marie Stripte, welche das Grab geschmückt hatte, in Feindschaft lebt und aus diesem Grunde, um sich an seiner Schwester zu rächen, jenen Grabes schmuck besitzig hatte. Seine Mutter war in Merseburg bei seiner Schwester gestorben und letztere hatte am oben erwähnten Tage zum Andenken einen Kranz von Blech und einen Topf mit Schlüsselblumen auf das Grab gelegt. Am selben Tage ist der Angeklagte von zwei Knaben auf dem Friedhofe beobachtet worden, wie er jene Gegenstände vom Grabe heimlich besitzig, indem er den Kranz mit dem Taschentuche bedeckte und den Blumentopf unter die Jacke versteckte und so die Sachen in die Grube warf, daß der Topf sogar zerbrach. Verdächtig gemacht hat sich der Angeklagte auch noch dadurch, daß er verwelktes Getreide über die Schuttgrube verbreitet hatte. Er bestritt, heimlich dabei zu Werke gegangen zu sein; die beiden als Zeugen geladenen Knaben, die ihn beobachtet hatten, bleiben aber bei ihren Aussagen. Die Staatsanwaltschaft erachtet den Angeklagten des Vergehens gegen § 168 des Str.-G.-B. (Verübung beschimpfenden Unflaths an einem Grabe) für überführt und beantragte 3 Tage Gefängnis. Die Verteidigung bestritt, daß sich der Angeklagte des beschimpfenden Unflaths schuldig gemacht, weil zum Zwecke der Aus schmückung mit Epheu alles aus dem Grabe herunter mußte. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nicht nach dem angezogenen Paragraphen 168 des Str.-G.-B., sondern wegen Beleidigung seiner Schwester mit 30 M. Geldstrafe, event. 6 Tagen Gefängnis mit der Begründung: Der Verstorbenen hat seine Handlung nicht gegolten, denn das bestritt er selbst. Er wollte aber seine Schwester treffen, mit der er verfeindet ist, und von welcher er wußte, daß der Schmutz von ihr herrührte. Er hatte ein böses Gewissen, denn er besitzigte den Kranz und den Blumentopf heimlich, was von den beiden als Zeugen dienenden Knaben gesehen worden ist. Der Topf ist sogar zerbrochen in der Grube gefunden worden. Das ist eine empfindliche Beleidigung, wenn einem die Fähigkeit freitig gemacht wird, einen Verstorbenen im Grabe zu ehren.

§ Vor der Strafkammer zu Halle stand am 1. d. der 26jährige Dienstknecht und Arbeiter Wilhelm Bornemann aus Ruchstädt, angeklagt wegen eines schweren und eines einfachen Diebstahls im wiederholten Rückfalle. In der Nacht zum 1. Jan. d. J. rahl er in Wünschendorf einem Knechte nach gewaltsamer Eröffnung eines Koffers 4 M. und verschiedene Gebrauchsgegenstände, am 8. Januar in Niederlobian aus einem Schuppen eine Pferdebede. Die Antworten räumte der Angeklagte ein, des Aufreisens eines Koffers wurde er überführt und zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, Ehrverlust und Polzeiaufsicht verurtheilt. (Beantragt waren nur 2 Jahre Gefängnis und Ehrverlust.)

§ Der Bau des neuen Kurhauses in Dürrenberg ist so weit vorgeschritten, daß am 5. d. M. die Fester des Reichsfestes stattfinden kann.

§ Dürrenberg, 2. Aug. Heute war ein vom Oberpräsidenten der Provinz entsandener Herr der Rechts-Commission hier, um infolge einer dahin lautenden Anzeige des Herrn Amboverfegers die Wohnstätte am Wohnhause des Herrn Salmann-Factors König auf Reblaus-Krankheit zu untersuchen. Es konnte jedoch nichts Derartiges gefunden werden.

§ Freyburg, 2. August. Bei den gestern Nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr entlassenden Gewittern fiel in der Umgegend von Leißa und Bedra Hagel in Größe von Ballen, der besonders den Obstkulturen argen Schaden zugefügt hat. — Voraussichtlich erfolgt die Grundvertheilung zu der Ernterungs-Turn- und Ruhmeshalle hier selbst an Jahn's Geburtstag, am 11. August.

§ In der Nacht zum Donnerstag wurde einem Gütebesitzer in Passendorf auf seinem bei Niesleben belegenen Acker gegen 1/2 Morgen Kartoffeln ausgegraben und gestohlen. Auf dem halleischen Wochenmarke gelang es dem Beschlagnen, einen Theil dieser Kartoffeln, die er mit Bestimmtheit erkennen konnte, bei einer Handelsfrau zu ermitteln. Als einer der Diebe wurde ein auf der Cement-Fabrik Niesleben beschäftigter Arbeiter ermittelt.

**Wermischtes.**

\* (Zu Brand gerathen) ist das Fiß Nr. 9 der Rahe „Brig von Preußen“ bei Bodum, welches mit Jette „Karoline“ des Hanover Bergbau-Bereits in Verbindung steht. Die Belegblätter beider Fische sind gerettet worden, bis auf einen Belegblatt der Jette „Karoline“. Der Schacht „Brig von Preußen“ wurde zugemauert. Die Abwärmungsarbeiten werden von der Jette „Karoline“ aus bewerkstelligt.

\* (Einrichtung.) Guttenger, der Wäber der Lehrersfamilie Brunner in Dietrichen, wurde am 3. d. in Amberg hingerichtet. Guttenger bewachte bis zuletzt seine Gemüthsruhe. In den letzten 24 Stunden wurde er ernst, stark aber geläut. Die Leiche kommt nach Erlangen.

\* (Weibliche Hyänen.) Aus der ungarischen Ortschaft Szent Gal sind Nachrichten in die Dienstzeit gedrungen, die das Entsetzen des ganzen Landes erregt haben. Man ist dort nämlich zahlreichen Verbrechen auf die Spur gekommen, deren sich die weibliche Gatt der Despoten schuldig gemacht hat. Schon vor längerer Zeit hatten sich verschiedene Frauen ihrer Männer durch Gift entledigt und sie waren auch vom Gericht wegen Giftmordes bestraft worden. Vor einigen Wochen wurde nun abermals die Anzeige erlassen, daß unter den Frauen von Szent-Gal Gift in Umlauf sei, worauf man mehrere Frauen in Haft nahm. Unter ihnen befindet sich eine, die bereits dreimal Wittwe war und gegenwärtig in wilder Ehe lebt. Sie legte das Giftmisch an, aus dem Wurzeln einer Pflanze das tödtliche Gift bereitet und es an mehrere Frauen um den Preis von 20 Gulden verkauft zu haben. Eine junge Frau, die erst seit wenigen Wochen verheiratet war, gab an, daß das Gift nicht für ihren Gatten, sondern für ihren Vater bestimmt gewesen, daß aber jener „irrtümlich“ den Giftbecher ausgekrumt hätte und daran gestorben wäre.

\* (Ein Zusammenstoß zwischen zwei Jägern) der Pariser Girtelbahn fand am Mittwoch im Tunnel von Pere Lachaise statt, wobei 59 Personen, zum Glück meist nur leicht, verletzt wurden.

\* (Der Sieg des „Meteor.“) Kaiser Wilhelm sollte in der Segelfahrt bei Gohes, wie zuerst gemeldet worden war, als dritter aus Ziel gelangt sein. Das stimmt nicht, wie jetzt bekannt wird. Vielmehr hat die Ritterschacht „Meteor“ schließlich durch den Royal der Königin davongetragen. Der Kaiser hatte bemerkt, daß die „Meteor“ vom vorgeschriebenen Kurs abwich, um Vorwärtung zu erhalten, und hiße sofort die Fregate als Einbruch dagegen. Nach der Bestätigung trat der Segelmannschaft des Nachhubs zusammen und entschied, daß die „Meteor“ schuldig und der Ehrenpreis der Königin folglich dem „Meteor“ zuzusprechen sei, der als zweite, nicht dritte Nacht, wie anfänglich gemeldet war, am Ziele angelangt ist. Der Kaiser ließ sofort die Siegesflagge auf dem „Meteor“ hissen und wurde von allen Seiten warm beglückwünscht.

(Zur Choleraepidemie in Italien) hat die italienische Regierung nunmehr endlich das bestrittene Vertheilungssystem aufgegeben. Es erklärt man denn auch endlich, daß bis jetzt in verschiedenen Theilen Piemonts, namentlich der Provinz Cuneo, etwa 50 Cholerafälle mit 30 Todesfällen vorgekommen sind. Es wird als sicher hingestellt, daß die Krankheit aus dem Süden Frankreichs eingeschleppt wurde, wo viele hin- und herwandernde italienische Arbeiter beschäftigt sind, und man hat deshalb eine strenge Ueberwachung der Auswanderer sowohl auf der Eisenabfuhrstation Vintimiglia und an den Alpenpässen, wie in den Hafenplätzen ins Werk gelegt. Die Quarantainestation bei der sardinischen Insel Minora ist wieder in Thätigkeit getreten. — Auch in Neapel werden bereits mehrere Tausend Fälle, meist sehr alten Charakters, und kleinen tödtlichen Verlaufes, gemeldet. Das Dampfschiff „De Umberto“, auf welchem unter den 600 Arbeitern und den Gesellen mehrere Erkrankungen — hauptsächlich in Folge von Einschleppung — vorkamen, wurde folglich nach Minora zur Desinfizierung und Beobachtung gesendet. Am 26. Juli fiel die Zahl der Erkrankten in Neapel auf 30 bis 40. Von Montag zu Dienstag kamen in Neapel 26 Cholerafälle vor, darunter neun mit tödtlichem Verlauf.

\* (Zur Choleraepidemie in Rußland.) Nach amtlicher Meldung sind vom 10. bis 15. Juli a. St. im Grodnischen Gouvernement 25 Personen an der Cholera erkrankt, 12 gestorben. In welchen Städten des genannten Gouvernements die Cholerafälle vorgekommen sind, ist in dem Berichte nicht angegeben. Nach einem Telegramm aus Nowo vom 30. Juli sind, wie der „Reichsanzeiger“ mittheilt, in Wladivostok bisher 25 Erkrankungen an Cholera amtlich festgestellt worden.

\* (Durch eine große Feuersbrunst) wurden in der Stadt Birsche, Gouvernement Wilna, gegen 180 Gebäude, darunter das Rathhaus und die katholische Pfarrkirche eingestürzt. Sieben Personen sind in den Flammen umgekommen. Wegen 700 Familien sind obdachlos, Feuer erstickend durch Einschlagen des Regens in zwei Häuser, welches sich bei starkem Winde mit rasender Schnelligkeit verbreitete.





# Correspondent.

Erstausg.:  
Donnerstag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7/8 Uhr.  
Gesetzliche Postle: Delstraße Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Vorzahlung. —  
1 Mark 20 Pfg. durch den Gerantträger. —  
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 153.

Sonntag den 5. August.

1893.

## Haben die Einzelstaaten Ansprüche auf Reichssteuern?

Soweit die Miquel'schen Reichssteuerprojekte bisher bekannt sind, handelt es sich in der Hauptsache darum, durch Erhebung neuer indirekter Steuern in Höhe von mindestens 100 Millionen den Einzelstaaten Zuschüsse zuzusichern. Zunächst auf 5 oder 7 Jahre. Ist diese Frist abgelaufen, so steht dann je nichts entgegen, die Operation zu wiederholen. Die Einzelstaaten, sagt man, sollten nach dem Programm des Fürsten Bismarck Kostgänger des Reichs werden. Mit diesem Argument allein würde Fürst Bismarck im Jahre 1879 die Reform des Zolltarifs und der Salafsteuer nicht durchgeführt haben. Die treibende Kraft war das Verlangen nach industriellen und landwirtschaftlichen Schutzgöllen, wie im Jahre 1887 bei der Reform der Branntweinbesteuerung das Verlangen der Brenner, durch die Steuererhöhung von 20 P., d. h. durch die Liebedgabe von 40 Mill. Mk. für die etwaige Verminderung des Branntweinconsums entschädigt zu werden. Inwiefern ähnliche Interessen auch in dem neuen Reichstage den Ausschlag zu Gunsten der Miquel'schen Steuerprojekte geben werden, wird sich erst zeigen, wenn man weiß, wie die 100 Millionen beschafft werden sollen. Die Sympathien, welche die agrarische Presse für Herrn Miquel an den Tag legt, lassen vermuten, daß sie auch dieses Mal auf ihre Kosten zu kommen können. In solchen Dingen haben die Agrarier erfahrungsmäßig eine feine Rührung. Vorläufig operiert die Miquel'sche Presse mit allgemeinen Schlagworten. Die Zustimmung der Einzelstaaten soll durch einen jährlichen baaren Zuschuß von 70 Millionen Mk. erkauft werden. Im Jahre 1879, als die Bismarck'sche Steuerreform auf Kosten der arbeitenden Klassen einsetzte, betrugen die Matrifularbeiträge 72 Millionen Mk. Im Etat des laufenden Jahres sind dieselben auf über 355 Millionen gestiegen. In den fünf Jahren 1889—1893 haben die Einzelstaaten 332 Millionen Mk. mehr erhalten, als sie an Matrifularbeiträgen bezahlt haben. Sollten in den weiteren Jahren die Herauszahlungen an die Einzelstaaten nicht ausreichen, die Matrifularbeiträge zu decken — von den Ausgaben der Militärvorlage natürlich abgesehen — so können sie sich darüber nicht beklagen; haben sie doch alle die Ausgabenenerhöhungen, welche die Erträge der neuen Reichssteuern allmählich aufgebracht haben, im Bundesrathe gebilligt und beim Reichstage bekräftigt. Sie ernten also nur, was sie gesät haben. Man hat neuerdings, als die Militärvorlage eingebracht wurde, die Vorhatschrede gebraucht, von vornherein festzustellen, daß die dadurch entstehenden Mehrausgaben nicht durch Erhöhung der Matrifularbeiträge, sondern durch neue Reichssteuern gedeckt werden. Damit sind wir einverstanden. Aber womit will man die Forderung rechtfertigen, daß nachträglich auch die Steigerung der Ausgaben während der letzten fünf Jahre durch neue Reichssteuern gedeckt werden, damit die Einzelstaaten wieder aus der Reichskasse schöpfen können. Dem widersprechen wir auf das bestimmteste. Will man eine getregelte und sparsame Finanzwirtschaft in den Einzelstaaten und im Reich, so muß man zu dem alten richtigen Grundsatze zurückkehren, daß da, wo Ausgaben beschloffen werden, auch für Einnahmen gesorgt werden muß. Aber, sagt man, die Einzelstaaten haben das Recht, zu verlangen, daß ihre Finanzpläne nicht von außen durch das Reich gestört werden. In den letzten fünf Jahren bestand die Störung ausschließlich darin, daß die Einzelstaaten über die im Reichsetat festgestellten Summen der Ueberweisungen hinaus bei der jährlichen Abrechnung große Summen erhielten, auf die sie dem Etat zufolge nicht rechnen konnten. Das ist ein Uebelstand ist, geben wir zu; aber dieser Uebelstand ist mit Leichtigkeit zu beseitigen. Selbst der gegenwärtige Staatssecretär im Reichshofamt, Frh. v. Malgahn-Gülz, hat das im Reichstage in aller Offenheit und Bestimmtheit eingeräumt. „Worin,



höher Ueberfläche aus der Reichskasse. Das nennt man sonst Blauwacherei.

### Politische Ueberblick.

Die Siamfrage kam am Mittwoch im englischen Unterhause zur Erörterung. Der konservative Temple verlangte Namens der Opposition von der Regierung vollständige Auskunft über den französisch-siamesischen Konflikt, als bisher gegeben worden. Die Angelegenheit sei eine brennende Frage in England selber geworden; es mache sich der Eindruck geltend, daß die britische Diplomatie eine Schlappe erlitten habe. Siam sei sehr schlecht behandelt und die britischen Interessen nicht hinreichend gewahrt worden. Hoffentlich erweise sich dieser Eindruck als irrig. Die Regierung würde jedoch zeigen müssen, daß das auswärtige Amt das gethan habe, was England erwartete. Temple unterzog sodann das Vorgehen Frankreichs gegen Siam einer abschälligen Kritik. Er drückte die Hoffnung aus, die Regierung werde Schritte thun, um zu verhindern, daß Siam zu einem Vasallenstaate Frankreichs herabgewürdigt werde, wodurch Englands Interessen in empfindliche Mitleidenschaft gezogen werden dürften. In ähnlicher Weise äußerte sich der Deputirte Curzon, welcher die Ansicht aussprach, die französische Regierung habe sich gewaltthätige Eingriffe in die Unabhängigkeit Siams erlaubt, ungeachtet ihres Versprechens, dieselbe zu respektieren. Hätte Lord Rosebery Frankreich den Sandpunkt eher klar gemacht, so wäre die Krisis nicht so akut geworden. Eine weitere Demüthigung Siams dürfe England keineswegs dulden. Gegen diesen Angriff der Opposition verteidigte der Parlamentssecretär des Auswärtigen, Grey, die Regierung. Derselbe sprach sein Bedauern darüber aus, daß einige Mitglieder der Opposition von der bisher bei der Erörterung der siamesischen Angelegenheiten beobachteten Haltung abgewichen seien und eine Kritik geübt hätten, die nicht geeignet sei, die gegenwärtigen Unterhandlungen mit Frankreich zu fördern. Sobald der Schriftwechsel dem Parlament vorgelegt sei, werde man sehen, daß die Regierung ebenso fest und nachdrücklich gehandelt habe, wie die früheren Regierungen. Nach dem Regierungsvortrater ergriff

der Führer der Opposition, Balfour, das Wort, welcher dem Staatssecretär des Auswärtigen, Rosebery, erwarf, er habe etwas zu ängstlich die Thatsache and gemacht, daß er den Streit zwischen Frankreich und Siam als gänzlich außerhalb der britischen Sphäre betrachte; England könne nicht mit völliger Gleichgültigkeit die Thatsache betrachten, daß Siam in seiner Besitzungen beraubt werde; hoffentlich würde die Regierung nicht die großen Schwierigkeiten außer Acht lassen, die entstehen müssen, wenn schließlich Siam von einer fremden Macht aufgezogen werden sollte. Der Schatzkanzler Harcourt drückte darauf seine Besorgnis aus, die Debatte dürfe die freundliche Regelung dieser Frage zwischen Frankreich und England erschweren, und empfahl, den Gegenstand fallen zu lassen, was dann auch geschah. Gladstone hat nach Beendigung der Einzelberatung der Homerule-Vorlage das Bedürfnis empfunden, die Vorlage der englischen Regierung gegenüber in dem Punkte zu rechtfertigen, welcher in gewissen Widerspruch auf englischer Seite geäußert hat und zweifellos auch den Engländern am liebsten ist. Das ist das Verbleiben der britischen Mitglieder im Reichsparlament. Am Mittwoch ist ein offenes Schreiben des englischen Premierministers erschienen, welcher diese Bestimmung besonders rechtfertigt. Das Schreiben ist gerichtet an die Vorstehenden des liberalen Vereins von Midlothian. Gladstone giebt darin zu, daß dadurch gewisse Mängel und Unbequemlichkeiten entstehen dürften, allein diese seien geringfügig im Vergleich mit den großen Zwecken der Homerule-Vorlage, deren Hauptzweck sei, die Zufriedenheit des irischen Volkes und ein vernünftiges Maß von Gleichgültigkeit und Gehorsam zu sichern. Nach einem Hinweis auf die Behauptung der Opposition, daß die irischen Abgeordneten sich zu Gebieten des Hauses der Gemeinen und Schiedsrichtern in britischen Angelegenheiten machen würden, erinnert Gladstone an das große Mandat der Conservative im Jahre 1885, das durch die den irischen Abgeordneten gemachten Verheißungen den Sitz der damaligen liberalen Regierung herbeiführte. Dieser in der Parlamentsgeschichte Englands ohne Beispiel dastehende Zwischenfall zeige, daß die schlimmsten Folgen, die jetzt von der irischen Einmischung in eine politische Krisis befürchtet werden, unter den gegenwärtigen Verhältnissen eingetreten seien. Gladstone drückt schließlich seine Ueberzeugung aus, daß unter den durch die Homerule-Vorlage auferlegten Bedingungen die aus einer etwaigen ungehörigen Einmischung Irlands in britische Angelegenheiten entstehenden Besorgnisse innershalb billiger, vielleicht enger Grenzen gehalten werden dürften. Eine Pamir-Frage taucht auch in diesem Jahre wieder am politischen Horizont auf. Die Londoner „Daily News“ will über Wien erfahren haben, daß die russische Regierung beschloß, von China Erklärungen wegen seiner Haltung am Pamir zu verlangen. Das Petersburger Kabinett sei beunruhigt durch die Zusammenziehung großer Truppenkörper in der Nachbarschaft der Pamirsteppen. Im Gegensatz dazu aber spricht ein noch im Pamir befindlicher englischer Forschungsreisender dem „Daily Chronicle“ gerade umgekehrt sein Bedauern aus, daß China sich in Kaschgar zu Gunsten Rußlands erkläre. China wird also anscheinend nur für England vorgezogen, das in seiner indischen Nordgrenze durch die Besitznahme des Pamirplateaus bedroht wird. Wie in Petersburg behauptet wird, bestimme kein Vertrag und kein offizieller Akt im Hindufuß die Grenze von England, Indien, und Rußland sei eingeschlossen, ohne auf Proteste Großbritanniens zu achten, die Pamirfrage der Lösung zuzuführen. Die Grenzen, die Rußland beanprucht, seien folgende: Das rechte Ufer des Pamir bis zum Zusammenflusse des Wakhan-Darja und des Pamir, die den Pamir bilden; die Grenzlinie steigt sodann auf die Berge, den großen und den kleinen Pamir scheidend; in der Höhe von Carhard senkt sie sich gegen Süden, überschreitet den Wakhan und geht bei